

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Band: 81 (2006)
Heft: 6

Artikel: GSoA gefährdet Sicherheit der Schweiz : Stellungnahme zur Volksinitiative für ein Verbot von Rüstungsausfuhren
Autor: Widmer, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-715824>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GSoA gefährdet Sicherheit der Schweiz

Stellungnahme zur Volksinitiative für ein Verbot von Rüstungsausfuhren

Mit der neuerlichen Lancierung einer Volksinitiative für ein Verbot von Rüstungsmaterialexporten führt die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ihre vor einigen Jahren an der Urne gescheiterte Salamtaktik zur Abschaffung der Armee fort. Ein Exportverbot würde das Aus für die Schweizer Rüstungsindustrie bedeuten. Und ohne minimale eigene Rüstungskapazitäten würde das neue Konzept der «Verteidigungsfähigkeit erst nach Aufwuchs» obsolet und unmöglich. Die «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenserhaltende Armee» (AWM) verurteilt die Irreführung des Volkes durch die Armeeabschaffer und sagt der gefährlichen Initiative den Kampf an.

Nachdem die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) mit verschiedenen Initiativen (Abschaffungs- und Anti-Flugwaffen-, Anti-Waffenplatz-, Umverteilungs- und Halbierungsinitiativen) gescheitert ist, versucht sie nun erneut, eine «Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten» zu lancieren. Die GSoA setzt damit ihre bekannte Taktik zur Armeeabschaffung in Raten fort. Sie will durch den Entzug von Ressourcen, die für die

Andreas Widmer, Präsident AWM

Sicherstellung einer glaubwürdigen und effizienten Sicherheitspolitik nötig sind, der Armee ihre Basis entziehen.

Aufwuchs würde verunmöglicht

Mit dem Bundesratsentscheid vom 11. Mai 2005 wird die Verteidigungsfähigkeit der Schweizer Armee auf wenige Aufwuchskerne reduziert. Bei einer Veränderung der sicherheitspolitischen Lage müsste die Armee «aufwachsen», z.B. in Bezug auf Ausrüstung, Bewaffnung, Dienstleistungsdauer und Verteidigungsbudget. Eine *Conditio sine qua non* für das Funktionieren dieses z.T. bestrittenen Aufwuchskonzepts ist die Erhaltung einer ausreichenden schweizerischen Industriebasis mit dem entsprechenden technologischen Know-how. Mit einem Ausfuhrverbot würde der Rüstungsindustrie die Existenzgrundlage entzogen, nachdem die Schweizer Armee um zwei Drittel geschrumpft ist. Das Aufwuchskonzept und damit die Grundlage der militärischen Landesverteidigung wäre fundamental gefährdet. Dies kann die AWM unter keinen Umständen akzeptieren.



Der Piranha III C könnte nicht mehr nach Belgien ausgeführt werden.

Von ihrer Schädlichkeit abgesehen führt die GSoA-Initiative das Volk in die Irre. Die Welt wird nicht friedlicher durch die Schweizer Selbstbeschränkung. Mit dem Kriegsmaterialgesetz und dem Güterkontrollgesetz verfügt die Schweiz über ausreichende gesetzliche Grundlagen, um ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und ihre aussenpolitischen Grundsätze zu wahren, ohne dabei die für ihre Sicherheit so wichtige industrielle Kapazität preisgeben zu müssen.


Unehrlliche Ziele der Initianten

Die wahren Ziele der Gruppe Schweiz ohne Armee sind klar: Ohne Rücksicht auf die mögliche Zerstörung von Tausenden von Arbeitsplätzen und Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz treibt die GSoA ihre Salamtaktik zur Abschaffung der Armee voran. Weil es seit der letzten Abschaffungsinitiative erst vier Jahre her sei, lanciere die GSoA nun dieses Projekt, heisst es auf ihrer Homepage und in der GSoA-Zeitung. Und: «Die nächste Armeeabschaffungs-Initiative kommt bestimmt. Wir versprechen es!»

Schweizer vernünftig

Die AWM sagt dieser gefährlichen und unehrlichen Exportverhinderungs-Initiative den Kampf an. Diesen geht sie aber zuver-

sichtlich an, denn das Schweizer Volk wird sich von populistischen Anliegen und verlockenden Slogans nicht irreführen lassen und hat in sicherheitspolitischen Abstimmungen wiederholt richtig und vernünftig entschieden.

Dies gilt für folgende Abstimmungen: Waffenausfuhrverbotsinitiative 1972, Rüstungsreferendumsinitiative 1987, Armeeabschaffungsinitiative 1989, F/A-18/Waffenplätze 1993, Kantonale Militärhoheit 1996, Kriegsmaterialexportverbotsinitiative 1997, Umverteilungsinitiative (Armeehalbierung) 2000, Referendum Militärgesetzrevision 2001 (Bewaffnung Auslandseinsatz), Armeeabschaffungsinitiative 2001 und Armeeabstimmung 2003. Die AWM ist überzeugt, dass das Volk auch diese schädliche und unehrliche Initiative, sollte sie überhaupt zu Stande kommen, klar ablehnen wird. 

 **ASMZ**

Aus der Juni-Nummer

- Auslandseinsätze
- Air Power 2006 Einsätze
- Defense Review Report